

VERMÖGENS VERTEILUNG

FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN



Bevor die
Argumente
ausgehen.



A&W
blog

awblog.at

VORWORT

Ungerechtigkeit ist kein Naturgesetz, sondern wird gemacht. Daher gilt im Umkehrschluss, dass sie auch bekämpft werden kann. Leider lässt sich in den letzten Jahren beobachten, dass sich große Vermögen in den Händen einiger weniger konzentrieren, während sich auf der anderen Seite immer mehr Menschen sehr anstrengen müssen, um gut leben zu können. In anderen Worten: Die Ungleichheit nimmt zu.

Es gibt triftige Gründe hier gezielt gegenzusteuern, denn eine ungerechte Verteilung des Reichtums gefährdet den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Verteilungsgerechtigkeit zählt daher zu den zentralen Forderungen der Arbeiterkammer. Gerade deswegen ist uns wichtig, dass alle die Fakten über die gegenwärtigen Vermögensverhältnisse kennen. Hier wurden in den letzten Jahren bereits große Fortschritte erzielt – nicht zuletzt wird dies durch die von der OeNB (Oesterreichische Nationalbank) durchgeführte Erhebung „HFCS“ (Household Finance and Consumption Survey) ermöglicht. Diese erlaubt eine umfassende Analyse, wie private Haushalte ihr Geld anlegen, wofür sie es ausgeben, und wie ihre finanzielle Situation aussieht.

Die neuesten Ergebnisse, die in dieser Broschüre zusammengefasst sind, zeigen das besorgniserregende Ausmaß der Ungleichheit: Das reichste 1 % verfügt in Österreich über rund 40 % des gesamten Nettovermögens, während die ärmeren 50 % der österreichischen Haushalte gemeinsam gerade einmal 2,5 % besitzen. Dabei wird ein großer Teil der Vermögen nicht durch eigene Leistung erworben, sondern (steuerfrei) geerbt. Damit setzt sich eine Spirale der Ungleichheit in Gang, die über Generationen hinweg wirken kann. Großer Reichtum ermöglicht auch politische Einflussnahme, etwa durch Wahlkampfspenden. Das birgt die Gefahr, dass die Interessen von ArbeitnehmerInnen unter die Räder kommen.

Als Arbeiterkammer bilden wir ein Gegengewicht zum großen Geld. Wir vertreten unsere fast 4 Mio. Mitglieder, die tagtäglich arbeiten gehen und nicht von den Zinsen ihres Vermögens leben können. Wir fordern daher, dass auch die BesitzerInnen großer Vermögen endlich einen fairen Beitrag zum Wohlstand der Gesamtgesellschaft leisten – denn davon profitieren wir alle und nicht nur einige wenige.

„Für die Arbeiterkammer ist soziale Gerechtigkeit eine wesentliche Forderung, die auch eine gerechtere Verteilung von Vermögen und Einkommen umfasst.“



*Renate Anderl,
AK Wien Präsidentin*

VERMÖGENS VERTEILUNG



IMPRESSUM

2. Auflage, März 2020

Medieninhaber: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,

Prinz Eugen Straße 20-22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 0

Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum

Redaktion: Klaus Baumgartner, Michael Ertl, Julia Hofmann, Georg Hubmann, Joshua Mingers, Markus Marterbauer,

Miriam Rehm, Christoph Prenner, Matthias Schnetzer, Eva Six, Marie-Theres Svoboda

Konzeption: Georg Hubmann, Jahoda-Bauer-Institut, www.jbi.or.at

Grafik: contentschmiede

Hersteller: Bösmüller Printmanagement GesmbH & Co. KG, 2000 Stockerau

Bestell-Telefon: (01) 310 00 10 591

Die Broschüre und die Grafiken stehen auf der Homepage der AK Wien unter
<http://wien.arbeiterkammer.at/verteilungsgerechtigkeit> zum Download bereit.

INHALT

1	Vermögensverteilung	06
2	Vermögensverteilung in Europa	08
3	Gender und Vermögen	10
4	Vermögenseinkommen	12
5	ManagerInnengehälter.....	14
6	Erben	16
7	Vermögens- und Erbschaftssteuern	18
8	Vermögensbezogene Steuern	20
9	Steuervermeidung	22
10	Öffentliches und privates Vermögen	24
11	Vermögenskonzentration und Macht	26
12	Steuergerechtigkeit	28

VERMÖGENSVERTEILUNG

GROSSE UNGLEICHHEIT IN ÖSTERREICH

„Von den Zahlen nichts wissen zu wollen, dient selten der Sache der Ärmsten.“

*Thomas Piketty
(Paris School of Economics)*

Konkrete Zahlen zur Vermögensverteilung in Österreich gibt es erst seit wenigen Jahren. Die Oesterreichische Nationalbank (OeNB) erhob 2010 und 2014 im Rahmen des europaweiten HFCS (Household Financial and Consumption Survey) das Vermögen der ÖsterreicherInnen. Das dabei ermittelte Nettovermögen von privaten Haushalten unterteilt sich in Sachvermögen (z. B. Immobilien, Fahrzeuge, Unternehmens-eigentum, Wertgegenstände) und Finanzvermögen (z. B. Girokonten, Spareinlagen, Aktien, Wertpapiere, Lebensversicherungen) abzüglich von Schulden.

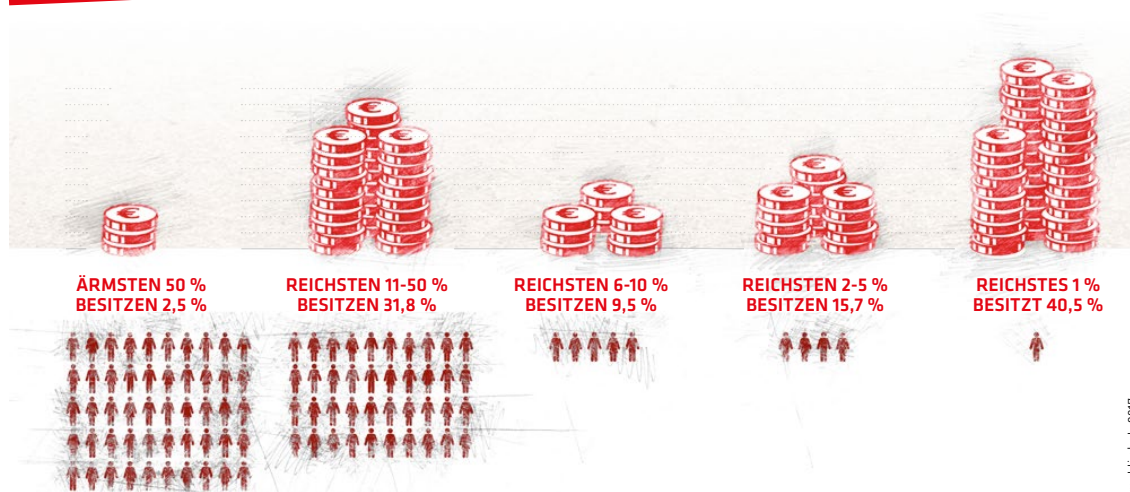
Der HFCS ist eine freiwillige Stichprobenerhebung und kann deshalb kaum Informationen über die allerreichsten Haushalte liefern. Die

Wahrscheinlichkeit, dass MultimillionärInnen und MilliardärInnen in der befragten Stichprobe landen, ist gering und zudem sind die Reichsten meist nicht bereit Auskunft über ihr Vermögen zu geben. Eine Studie der JKU Linz schätzt deshalb mit fundierten statistischen Methoden und Reichenlisten die fehlenden Topvermögen zu den HFCS Daten hinzu. Die daraus errechnete Vermögenskonzentration ist besorgniserregend: Das reichste 1 % besitzt rund 40 % des Nettovermögens, die ärmere Hälfte zusammen gerade einmal 2,5 %. Reiht man alle Haushalte vom Ärmsten bis zum Reichsten, dann hätte der Haushalt in der Mitte rund 86.000 Euro (Median). Da es ganz oben in der Verteilung aber einige sehr reiche Haushalte gibt, liegt das durchschnittliche Vermögen deutlich höher, nämlich bei fast 260.000 Euro (Mittelwert).

Keine Mittelschicht

In Österreich gibt es bei den Vermögen keine breite Mittelschicht, wie wir sie von der Einkommensverteilung kennen. Die Vermögensdaten zeigen, dass die üblichen Vermögensge-

VERMÖGEN IN ÖSTERREICH: WER HAT WELCHEN ANTEIL AM NETTOVERMÖGEN?



Quelle: Ferschli et al., 2017

genstände der unteren Hälfte ein Auto oder das Sparbuch sind. In der oberen Mitte ist dann das Eigenheim typischerweise der größte Vermögensposten. Blickt man auf die reichsten 20 % sind auch Wertpapiere Teil des Vermögens. Erst bei den Top 5 % kommen zusätzliche Immobilien, Wertpapiere und Unternehmensbeteiligungen dazu.

Vermögen an der Spitze konzentriert

Obwohl mit der HFCS-Vermögenserhebung ein guter Einblick in die Verteilung vorliegt, schätzen vor allem die vermögenden Haushalte ihre Position innerhalb der Vermögensverteilung falsch ein. In den Top 10 % glaubt kein einziger befragter Haushalt, dass er zu den reichsten 10 % zählt. Rund 70 % aller Befragten ordnen sich in der Mitte ein. Das zeigt, dass viele Menschen davon ausgehen, dass es bei den Vermögen eine ähnlich große Mittelschicht gibt, wie bei den Einkommen. Die aktuellen Studien belegen allerdings, dass ein großer Teil des Vermögens an der Spitze konzentriert ist.

Zum Weiterlesen:

Fessler, Pirmin/Lindner, Peter/Schürz, Martin (2016): *Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich* (zweite Welle), www.hfcs.at
Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2017): *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*. AK Working Paper 167, <http://bit.do/akoo1>

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Das reichste Prozent besitzt in Österreich rund **40 % des Nettovermögens**.
- Bei den Vermögen **gibt es keine breite Mittelschicht**, wie wir sie von den Einkommen kennen.
- Die reichsten Haushalte **besitzen vermehrt Unternehmensbeteiligungen, Wertpapiere und Zinshäuser**, in der ärmeren Hälfte ist es meist ein Auto und ein Sparbuch.

HOHE UNGLEICHHEIT, UNTERSCHIEDLICHE SOZIALSYSTEME

Die Vermögen sind in Europa sehr ungleich verteilt. Reiht man alle Haushalte in den Euro-Ländern nach ihrem Vermögen auf, so besitzt der Haushalt genau in der Mitte ca. 100.000 Euro. Der Haushalt an der Grenze zu den untersten 10 % hat nur 1.000 Euro, während der Haushalt an der Grenze zu den obersten 10 % etwa 500.000 Euro besitzt. Mehr als die Hälfte des gesamten privaten Vermögens im Euroraum ist in den Händen der reichsten 10 %.

Die Vermögensungleichheit nimmt zu

Der Ökonom Thomas Piketty zeigt, dass seit den 1980ern die Konzentration der Vermögen in den Händen der obersten 10 % im Euroraum stark zunimmt – wenn auch weniger als in den Vereinigten Staaten. Die Vermögenden profitierten in allen Euroländern von der Deregulierung der Märkte, Privatisierungswellen, der Orientierung am Shareholder-Value sowie dem internationalen Steuerwettbewerb und den Steuersümpfen.

Die Höhe des privaten Vermögens und die Einkommen unterscheiden sich zwischen den Ländern des Euroraums deutlich, die Reihenfolge ist jedoch unterschiedlich: Tendenziell ist das Vermögen der mittleren Haushalte in südeuropäischen Ländern wie Malta, Zypern, Spanien, Italien, aber auch in Frankreich, Belgien und Luxemburg höher als in Deutschland oder Österreich. Dafür gibt es strukturelle Gründe: Denn der mittlere Haushalt in Deutschland und Österreich besitzt anders als in den genannten Ländern kein Wohnungseigentum. Das liegt an unterschiedlichen Systemen bei den Wohlfahrtsstaaten, etwa was den sozialen Wohnbau, Pensionen oder

das Gesundheits- und Bildungssystem betrifft. Klar ist aber: ein Rückbau des Sozialsystems führt nicht zu höherem privaten Vermögen, sondern reduziert in erster Linie die Lebensqualität für die Mehrheit der Menschen. Viel relevanter und aussagekräftiger ist deshalb die Verteilung innerhalb der Länder.

Dabei zeigt sich: die Ungleichheit ist auch hier sehr hoch. Der Gini Koeffizient ist ein Maß für die Ungleichheit. Je näher dieser bei 1 liegt, umso ungleicher ist die Verteilung. Unter den Euro-Ländern liegen die Werte zwischen 0,49 und 0,76. Deutschland und Österreich stehen dabei an der Spitze der Vermögensungleichheit.

Weitere Gründe für die Unterschiede im Privatvermögen zwischen den Ländern liegen in den unterschiedlichen Haushaltsgrößen, aber auch Immobilien-Preisblasen in einzelnen Ländern haben Einfluss genauso wie unterschiedliche historische Entwicklungen. Die Ökonomen Martin Schürz und Pirmin Fessler zeigen in einer Studie, dass neben der Rolle von Erbschaften vor allem die Unterschiede im Sozialstaat besonders relevant sind.

„Eine hohe Konzentration von Privatvermögen in den Händen der Superreichen kann zu ökonomischen Ungleichgewichten führen, den sozialen Zusammenhalt untergraben und demokratische Prinzipien bedrohen.“

Independent Annual Growth Survey (2018)

Zum Weiterlesen:

HFCS Network (2016): *The Household Finance and Consumption Survey: results from the second wave*, ECB Statistics Paper Series No.18, <http://bit.do/akoo2>
Disslbacher, Franziska/Rehm, Miriam/Schnitzer, Matthias/Theine, Hendrik (2015): *Pikettys Thesen – Kurz und bündig erklärt*, AK Wien
Fessler, Pirmin/Schürz, Martin (2015): *Private wealth across European countries: the role of income, inheritance and the welfare state*, ECB Working Paper No. 1847, <http://bit.do/akoo3>
Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2018): *Bericht zur weltweiten Ungleichheit. Kurzfassung*, World Inequality Lab, <http://bit.do/akoo4>
Linktipp: www.inequalityin.eu

FAKTEN

- Das Vermögen im Euroraum **ist sehr ungleich verteilt**. Mehr als die Hälfte des gesamten Privatvermögens ist in den Händen der reichsten 10 %.
- Die Ungleichheit bei den Vermögen in Europa **steigt seit den 1980er Jahren**.
- **Deutschland und Österreich stehen** innerhalb der Eurozone **an der Spitze** der Vermögensungleichheit.
- Die Gründe für die Unterschiede in der Vermögensungleichheit zwischen den Ländern sind vielfältig. Ein zentraler Grund ist die **Verschiedenheit der Sozialstaaten** (öffentlicher Wohnbau, öffentlicher Verkehr, Pensionssystem, Gesundheitssystem).

VERMÖGENSVERTEILUNG NACH UNGLEICHHEIT („GINI KOEFFIZIENT“)



VERMÖGENSUNTERSCHIED ZWISCHEN MÄNNERN UND FRAUEN



Quelle: Schneebaum et al., 2017

GENDER UND VERMÖGEN

FRAUEN HABEN WENIGER VERMÖGEN

Ähnlich wie beim Einkommen gibt es auch beim Vermögen eine Lücke zwischen Frauen und Männern. Mit den Daten der Europäischen Zentralbank aus 2014 ist es nun erstmals möglich, auch in Österreich diese Vermögensunterschiede nach Geschlecht genau zu betrachten. Dabei zeigt sich: In Österreich haben Frauen im Durchschnitt um 23 % weniger Vermögen als Männer. Während Männer ca. 165.000 Euro besitzen, sind es bei Frauen nur 127.000 Euro. Innerhalb von Paar-

haushalten ist diese Lücke sogar noch größer, aber auch im Vergleich der Singlehaushalte besitzen Frauen weniger Vermögen als Männer. Dieser Unterschied gilt auch für den Vergleich von erwerbstätigen oder vollzeitbeschäftigten Frauen und Männern.

Große Unterschiede bei den Reichen

Allerdings besteht die Vermögenslücke vor allem am oberen Rand der Verteilung. Über weite Teile

„Die Vermögenslücke zwischen Männern und Frauen zu schließen, ist sowohl eine moralische als auch eine ökonomische Notwendigkeit.“

Coleen Briggs/Heather McCulloch,
(Closing the Women's Wealth Gap Initiative)

der Bevölkerung besteht kaum ein Vermögensunterschied zwischen Männern und Frauen. Kurz gesagt: Dort, wo auch nennenswertes Vermögen gehalten wird, haben Frauen viel weniger Vermögen als Männer.

Vermögenssteuern sind frauenpolitisch notwendig

Aber nicht nur die Besitzverhältnisse, sondern auch die Frage, wer in einem Haushalt über die Verwendung von Vermögen bestimmt, ist bei der Interpretation der Daten wichtig. Denn mit der Möglichkeit über Ressourcen zu verfügen, sind viele Handlungsmöglichkeiten verbunden. Auch dazu gibt es erstmals Informationen: In über drei Viertel der Haushalte bestimmen Frauen und Männer gemeinsam über die Verwendung des Vermögens. Wenn das allerdings nicht der Fall ist, dann entscheidet öfter der Mann als die Frau alleine. In Haushalten mit großen Unterschieden in der Vermögenshöhe besteht ein größeres Machtgefälle. Entscheidet der Mann alleine über die Verwendung des Vermögens, besitzt er auch ein viel höheres Vermögen als die Frau, nämlich fast eine halbe Million Euro mehr. Bestimmt dagegen die Frau alleine über das Vermögen, hat sie im Durchschnitt nur 90.000 Euro mehr als der Mann.

Die Umverteilung von Vermögen würde daher insbesondere Männer treffen, da diese am oberen Ende der Verteilung viel stärker vertreten sind. Anders gesagt: Vermögens- und Erbschaftssteuern sind ein Genderthema. Frauen würden von einer stärkeren Besteuerung von Vermögen doppelt profitieren: Zum einen, weil sie seltener sehr

hohe Vermögen besitzen, und zum anderen, weil sie von Leistungen des Wohlfahrtsstaates überproportional profitieren.

Zum Weiterlesen:

Hollan, Katarina/Mader, Katharina/Rehm, Miriam/Schneebaum, Alyssa (2016): *The Gender Wealth Gap Across European Countries*, AK Working Paper No. 157, <http://bit.do/ak005>
Schneebaum, Alyssa/Schuster, Barbara/Groiß, Julia (2017): *Gender Wealth Gap: Frauen besitzen weniger Vermögen als Männer*, A&W Blog, 10. Oktober, <http://bit.do/ak006>

Linktipp: www.ronja-verdient-mehr.at

FAKTEN

- Beim Vermögen klafft eine Lücke zwischen Frauen und Männern. Im Durchschnitt **haben Frauen 23 % weniger Vermögen als Männer**.
- Diese Lücke besteht allerdings **hauptsächlich am oberen Rand der Verteilung**, also dort, wo auch viel Vermögen gehalten wird.
- Die meisten Paare entscheiden gemeinsam über ihr Vermögen, aber **Männer bestimmen öfter alleine als Frauen**. In Haushalten mit einem Machtungleichgewicht besitzt der Mann viel mehr Vermögen als die Frau.

VERMÖGENSEINKOMMEN

WER HAT, DEM WIRD GEGEBEN

Vermögenseinkommen entsteht aus dem Ertrag von bestehendem Vermögen. Zum einen sind das Zinsen auf Gehalts- und Sparkonten, Dividenden auf Wertpapiere, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung von Immobilien und Grundstücken sowie Gewinnentnahmen aus Unternehmen. Zum anderen geht es um die Wertsteigerung des Besitzes: so kann die vermietete Wohnung neben den regelmäßigen Mieteinnahmen auch noch im Wert steigen. Die EigentümerInnen profitieren also doppelt.

Etwa 75 % der erwerbstätigen Bevölkerung beziehen Einkommen aus Vermögen, meist sind das kleine Zinserträge. Die reichsten 10 % erhalten rund 90 % aller Vermögenseinkommen. Erst im obersten Prozent spielen Einkommen aus Vermietung und Verpachtung sowie insbesondere Gewinnentnahmen eine relevante Rolle. Der Wert des Gini-Index von 0,91 bei Vermögenseinkommen illustriert diese extreme Ungleichheit bei den Vermögenseinkommen: Er ist sehr nahe am Maximalwert von 1, der bedeuten würde, dass ein einziger Haushalt alle Vermögenseinkommen lukriert. Das heißt, dass Vermögenseinkommen noch viel ungleicher verteilt sind als Vermögen selbst.

Vermögende werden bevorzugt

Steuerlich sind die meisten Vermögenseinkommen noch dazu deutlich bessergestellt als Arbeitseinkommen. Während erstere mit der (einheitlichen) Kapitalertragsteuer besteuert werden, unterliegen Arbeitseinkommen einem steigenden (progressiven) Steuersatz. Diese steuerliche Be-

„Wenn wir die Ursachen der Ungleichheit erforschen, stoßen wir auch auf die extreme Konzentration der Kapitaleinkommen.“

Branko Milanovic (CUNY University)

vorzugung von leistungslosem Vermögenseinkommen gegenüber Arbeitseinkommen ist ungerecht.

Nach dem Motto „Wer hat, dem wird gegeben“ können Haushalte mit hohem Vermögen meist auch höhere Vermögenseinkommen lukrieren. Diesen Haushalten fällt es besonders leicht noch mehr Vermögen anzuhäufen, wenn dieses Einkommen auch noch günstiger besteuert wird als Arbeitseinkommen. Dies führt zu einer Spirale, in der sich Vermögen immer mehr auf wenige Haushalte konzentriert. Branko Milanovic, ehemaliger Forschungsdirektor der Weltbank und einer der führenden ExpertInnen in der Ungleichheitsforschung, sieht in dieser Entwicklung eine Gefahr für die Demokratie.

Eine progressive Besteuerung von Vermögenseinkommen brächte mehr Gerechtigkeit für die arbeitenden Menschen. Gemeinsam mit Vermögens- und Erbschaftssteuern kann die beschriebene Spirale immer größerer Vermögensungleichheit durchbrochen werden.

Zum Weiterlesen:

Förster, Michael/Heitzmann, Karin (2017): *Entwicklung von Spitzeneinkommen in OECD-Ländern*. In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): *Handbuch Reichtum. Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung*, Innsbruck: Studienverlag, 51-67.

OECD (2014): *Focus on Top Incomes and Taxation in OECD Countries: Was the crisis a game changer?*, Paris, <http://bit.do/akoo7>

Milanovic, Branko (2016): *Die ungleiche Welt - Migration, das Eine Prozent und die Zukunft der Mittelschicht*, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Milanovic, Branko (2017): *Increasing Capital Income Share and Its Effect on Personal Income Inequality*. In: Boushey, Heather/DeLong, J. Bradford/Steinbaum, Marshall (Hrsg.): *After Piketty. The Agenda for Economics and Inequality*, London: Harvard University Press, 235-258.

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Vermögenseinkommen bestehen aus **Zinserträgen auf Bankkonten, aus Vermietung und Verpachtung von Immobilien sowie aus Dividenden auf Wertpapiere und sonstigen Gewinnausschüttungen** aus Unternehmen.
- Viele Formen von Vermögenseinkommen (v.a. Zinsen, Dividenden und Ausschüttungen aus Anteilen an Kapitalgesellschaften oder Investmentfonds) werden **lediglich mit einem niedrigen fixen Zinssatz besteuert**, während Arbeitseinkommen einer progressiven Besteuerung unterliegen.
- Was für Vermögen gilt, trifft auch für das Einkommen aus Vermögen zu: Der größte Teil des gesamten **Vermögenseinkommens ist konzentriert auf wenige**.
- Vermögenseinkommen **tragen aufgrund der geringen Besteuerung kaum zur Finanzierung des Sozialstaates bei** und entstehen meist ohne geistige oder körperliche Anstrengung.

WER HAT WIEVIEL VOM EINKOMMEN DURCH VERMÖGEN?



**DIE UNTERSTEN 90 % ERHALTEN 10 %
ALLER VERMÖGENSEINKOMMEN**

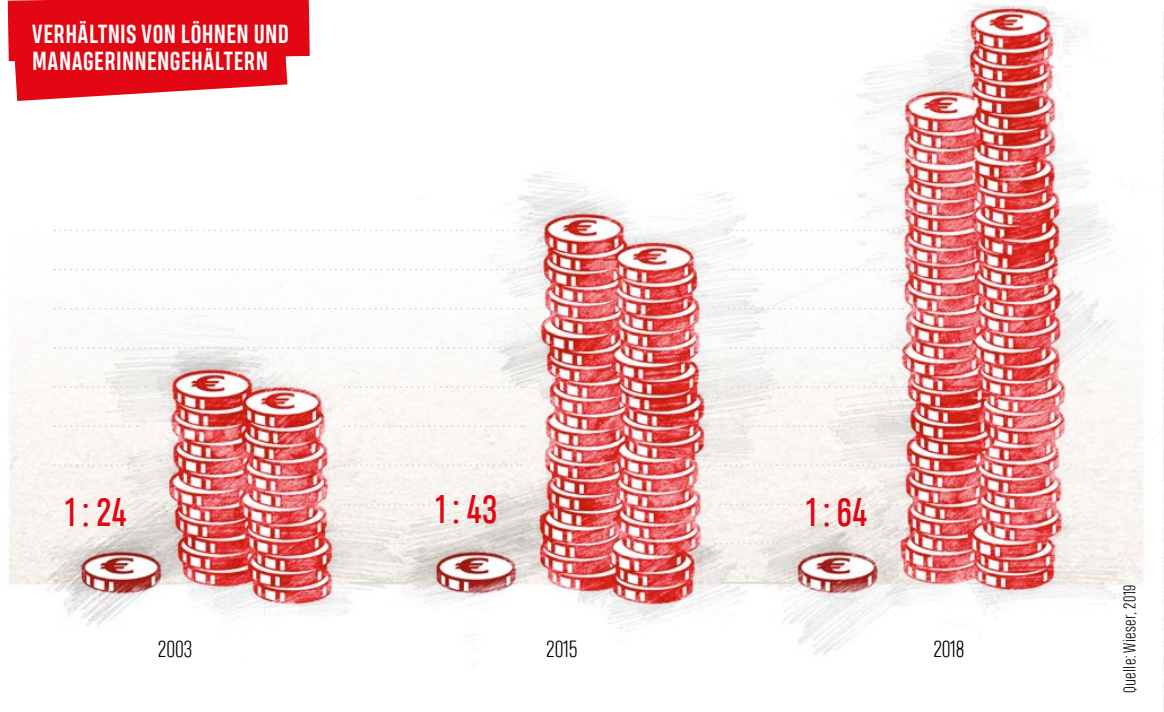


**DIE REICHSTEN 10 %
ERHALTEN 90 % ALLER
VERMÖGENSEINKOMMEN**



Quelle: HFCS, 2014

VERHÄLTNIS VON LÖHNEN UND MANAGERINNGEHÄLTERN



MANAGERINNGEHÄLTER

STIMMT DAS VERHÄLTNIS NOCH?

In den letzten Jahren hat sich die Vorstandsvergütung in den großen (börsennotierten) Unternehmen immer mehr vom übrigen Lohn- und Gehaltsgefüge abgekoppelt. Strukturell falsche Anreize, wie die kurzfristige Orientierung am Aktienkurs, haben zu einem Missverhältnis zwischen Leistung und Bezahlung des Managements geführt. Diese zunehmende Polarisierung ist sowohl national wie international zu beobachten.

In Österreich kam es zu einer Erhöhung der Vor-

standsvergütung vom 24-fachen des Medianeinkommens im Jahr 2003 auf das 64-fache im Jahr 2018 in den wichtigsten börsennotierten Unternehmen des Leitindex ATX. In diesem Zeitraum haben sich die durchschnittlichen ATX-Vorstandsgehälter damit um 266 % gesteigert, während bei den Medianeinkommen nur ein Anstieg um 34 % zu beobachten ist. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise heben sich die Vorstandsgehälter sogar von der Entwicklung des Börsenkurses ab. Während der Finanzkrise sind die Vorstandsbezüge zwar etwas ge-

sunken, doch nach diesem kurzen Rückgang liegen die Gehälter des Managements gegenwärtig sogar über den Rekordwerten der Hochkonjunkturjahre. Der Anstieg der Vorstandsvergütungen lässt sich vor allem mit der zunehmend höheren variablen Vergütung (insbesondere aktienbasierte Incentive-Modelle) erklären.

Ein durchschnittlicher ATX-Vorstand erhielt demnach im Jahr 2017 rund 2,04 Mio. Euro, das ist ein Plus von 18,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Angeführt wird das individuelle Ranking vom Vorstandsvorsitzenden der Bawag Group, Anas Abazaakouk, mit 6,6 Mio. Euro, gefolgt von seinen Vorstandskollegen Sat Shah mit 5,2 Mio. Euro auf dem zweiten Rang und Andrew Wise mit 5 Mio. Euro auf dem dritten Platz.

Wie kann diesem Trend entgegenwirkt werden?

Die Vergütungspolitik für den Vorstand ist zwar mittlerweile einigen gesetzlichen Bestimmungen und freiwilligen „Empfehlungen“ unterworfen, jedoch zeigen diese Maßnahmen bislang wenig Wirkung. Unternehmen müssen verstärkt nicht-finanzielle Anreize einführen, um für Angemessenheit und Nachhaltigkeit zu sorgen. Diese Vergütungskriterien sollten so gewählt und festgelegt werden, dass strategische Weitsicht und nachhaltige Unternehmensführung statt Kurzsicht und schnelle Gewinne belohnt werden.

Zielvereinbarungen mit dem Vorstand könnten beispielsweise in Bezug auf Qualifizierung, Arbeitsbedingungen und Zufriedenheit der Beschäftigten sowie in Hinblick auf Diversität in Belegschaft und Führung getroffen werden.

Der Aufsichtsrat kann, neben der richtigen Wahl der Vergütungsinstrumente und Kriterien, eine

„Um ein weiteres Auseinanderdriften der Einkommen zu verhindern, braucht es eine angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und den Löhnen und Gehältern der Belegschaft, die vom Aufsichtsrat festzulegen ist.“

Christina Wieser (AK Wien)

angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und der Belegschaft festlegen. Dieser Faktor (z. B. 1:12) – die „Manager to Worker Pay Ratio“ – soll dann im Geschäftsbericht veröffentlicht werden. Darüber hinaus soll der Aufsichtsrat Höchstgrenzen für die individuelle Vergütung der Vorstandsmitglieder sowie für die einzelnen Vergütungsbestandteile (z. B. variable Vergütung) vorsehen.

Zum Weiterlesen:

AK Wien (2018): *Vorstandsvergütung in den ATX Unternehmen. Vergütungspolitik und Gehälter-Ranking*, 2018

Linktipp: www.reichtumsmythen.at

FAKTEN

- In den letzten Jahren hat sich die Vorstandsvergütung von großen (börsennotierten) Unternehmen in Österreich immer mehr vom übrigen Lohn- und Gehaltsgefüge abgekoppelt: Zwischen 2003 und 2018 wurden die durchschnittlichen **ATX-Vorstandsgehälter deutlich um 266 % erhöht**, während bei den Medianeinkommen ein Anstieg um 34 % zu beobachten ist.
- Ein ATX-Vorstand erhielt im Jahr 2018 **im Schnitt rund 2,04 Mio. Euro**.
- Das durchschnittliche Vorstandsgehalt hat sich demnach vom **24-fachen des Medianeinkommens in Österreich im Jahr 2003 auf das 64-fache im Jahr 2018 erhöht**.

ERBEN

ERBSCHAFTEN VERFESTIGEN DIE UNGLEICHHEIT

**„Wenn Heiraten und Erben
erfolgreicher ist als Arbeiten,
dann hat die Gesellschaft ein
Problem.“**

Brigitte Unger (Universität Utrecht)

Erbschaften sind in Österreich sehr ungleich verteilt und das verstärkt die Unterschiede in den Lebenschancen. So können wohlhabendere Eltern ihre Kinder bereits zu Lebzeiten finanziell besser fördern. Diese Entwicklung setzt sich etwa beim Vererben einer Eigentumswohnung fort und verfestigt damit die ohnehin sehr hohe Vermögensungleichheit. Das steigende Erbschaftsvolumen zeigt, dass diese Entwicklung zukünftig noch stärker wird. Das gilt für alle Länder der Eurozone: Haushalte, die geerbt haben, besitzen deutlich mehr Vermögen als jene, die nichts geerbt haben. Die Zukunftschancen hängen also stark davon ab, ob man in eine Familie geboren wird, wo man eine Erbschaft zu erwarten hat oder nicht.

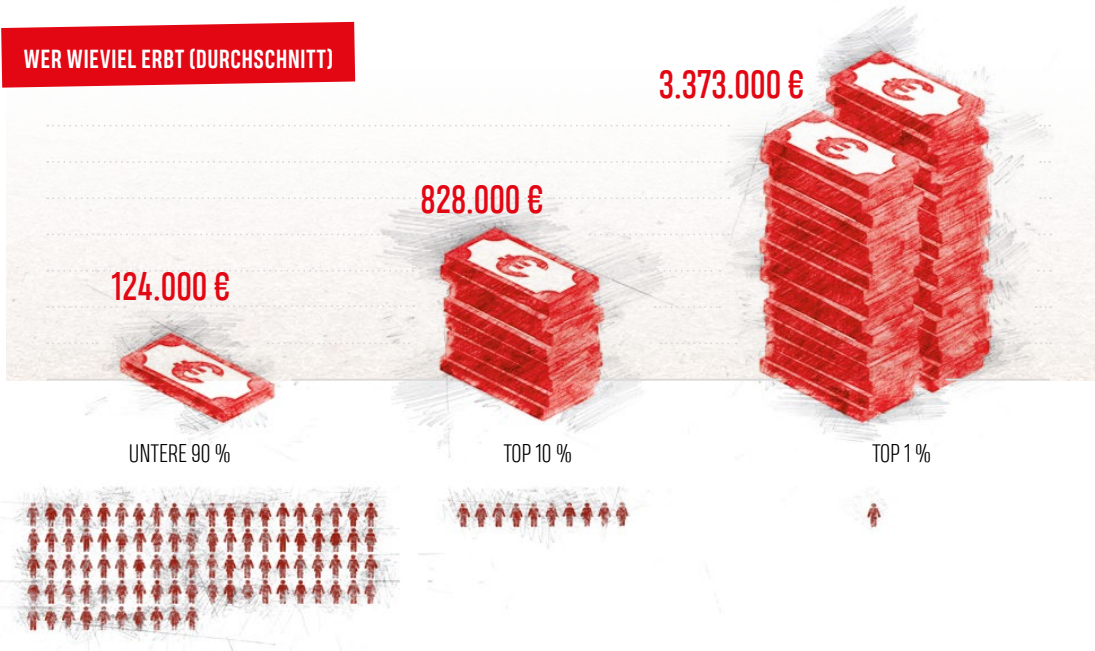
Wer erbt wieviel?

Konkrete Zahlen zu den Erbschaften verdeutlichen zudem die großen Unterschiede zwischen

Erbschaften. Nur etwa jeder dritte Haushalt der unteren 90 % in der Vermögensverteilung erhält ein Erbe in Form von Fahrzeugen, Immobilien oder finanziellem Vermögen. Dabei geht es im Durchschnitt um etwa 120.000 Euro. Je reicher ein Haushalt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit zu erben. Für die reichsten 10 % liegt die Wahrscheinlichkeit auf eine Erbschaft bei 71,1 % und das durchschnittlich erhaltene Erbe beläuft sich auf etwa 830.000 Euro. Diese Daten zeigen allerdings nur die Untergrenze, da die reichsten Haushalte kaum an freiwilligen Befragungen teilnehmen und ihre Wahrscheinlichkeit zu erben bzw. ihr Erbvolumen noch deutlich höher sein dürften.

Für all jene, die keine Erbschaft erwarten können, gibt es zudem eine schlechte Nachricht: In Österreich tragen Unterschiede zwischen Erbschaften gleich viel zur Vermögensungleichheit bei wie die Unterschiede im Haushaltseinkommen. Das Glück der Geburt hat also etwa denselben Effekt wie der persönliche Arbeitseinsatz in der Arbeitswelt. Natürlich spielen auch andere Faktoren wie Ausbildung eine Rolle, aber die sind in Relation zu Einkommen und Erbschaft weniger wichtig.

WER WIEVIEL ERBT (DURCHSCHNITT)



Die dargestellten Fakten zeigen, dass wohlhabendere Haushalte viel wahrscheinlicher und um ein Vielfaches mehr erben als die Mehrheit aller Haushalte. Bildlich gesprochen erhalten ärmere Haushalte, sofern sie überhaupt erben, ein Fahrzeug oder einen Schrebergarten, während reichere Haushalte ein stattliches Eigenheim oder gar das Familienunternehmen erben. Diese Fortschreibung von Ungleichheit über Generationen hinweg steht einer echten Chancengerechtigkeit klar im Weg. Erbschafts- und Vermögenssteuern können dem Abhilfe schaffen.

Zum Weiterlesen:

Fessler, Pirmin / Schürz, Martin (2015): *Private wealth across European countries: The role of income, inheritance and the welfare state*, ECB Working Paper Series No. 1847.

Leitner, Sebastian (2016): *Drivers of wealth inequality in euro area countries: The effect of inheritance and gifts on household gross and net wealth distribution analysed by applying the Shapley value approach to decomposition*, In: *European Journal of Economics and Economic Policies: Intervention* 13/1, 114-136.

Leitner, Sebastian (2018): *Factors driving wealth inequality in European countries*, AK Working Paper No. 177, <http://bit.do/ak008>

Tiefensee, Anita (2016): *Erbschaften in Österreich: Wer viel verdient, bekommt am meisten*, A&W-Blog, 9. Mai, <http://bit.do/ak009>

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Nur einer von drei Haushalten der unteren 90 % der Bevölkerung erbt überhaupt etwas. Im Durchschnitt beträgt diese Erbschaft 120.000 Euro.
- Im Gegensatz dazu erben innerhalb der reichsten 10 % drei von vier Haushalten. Ihre Erbschaft ist mit 830.000 Euro fast sieben Mal höher als die durchschnittliche Erbschaft der restlichen 90 %. Im reichsten Prozent macht die durchschnittliche Erbschaft sogar 3,4 Mio. Euro aus.
- Erbschaften sind in Österreich ein zentraler Grund für die ungleiche Verteilung der Vermögen.
- Haushalte, die geerbt haben, besitzen deutlich mehr Vermögen als jene, die nichts geerbt haben.

WAS BRINGEN VERMÖGENS- UND ERBSCHAFTSSTEUERN?

Zwei Steuern können einer fortlaufenden Vermögenskonzentration entgegenwirken: Vermögens- und Erbschaftssteuern. Eine jährliche Steuer auf sehr hohe Nettovermögen verringert den Abstand zwischen den Reichsten und dem Rest der Gesellschaft. Mit der Besteuerung von Vermögensübertragungen, wie Erbschaften und Schenkungen, kann verhindert werden, dass sich die Vermögenskonzentration über Generationen hinweg einementiert. Internationale Institutionen wie die OECD, aber auch renommierte Verteilungsexperten wie Thomas Piketty schlagen daher vermögensbezogene Steuern vor.

Was die Vermögenssteuer bringt

Eine Studie der JKU Linz hat mehrere Steuermodelle, unter anderem mit Freibeträgen von 1 Mio. Euro durchgerechnet. Das Resultat: Selbst mit großzügig veranschlagten Ausweicheffekten bringt eine sinnvoll ausgestaltete Vermögenssteuer mehrere Milliarden Euro zur Finanzierung öffentlicher Leistungen. Mit diesem Aufkommen könnte man beispielsweise auch die Steuern auf Arbeitseinkommen reduzieren.

Erbschaften gewinnen an Bedeutung

Seit 2008 gibt es in Österreich keine Erbschafts- und Schenkungssteuer mehr. Daten aus dem letzten Jahr der Erbschaftssteuer zeigen allerdings eine brisante Konzentration von vererbten Vermögen: Die vier größten Erbschaften sorgten für rund 25 % des Steueraufkommens. Zwei Faktoren lassen den Schluss zu, dass Erbschaften in naher Zukunft ein immer größeres Gewicht erhalten: Erstens er-

reicht die Babyboomer-Generation der Nachkriegsjahre ihre Lebenserwartung und zweitens vollzog diese Generation ihren Vermögensaufbau in wirtschaftlich florierenden Zeiten. Mit den Daten aus dem HFCS kann geschätzt werden, wie groß das in Zukunft zu erwartende jährliche Erbschaftsvermögen sein wird. Hier zeigt sich: Das jährliche Erbschaftsvolumen steigt von rund 10 Mrd. Euro im Jahr 2015 auf deutlich über 20 Mrd. Euro im Jahr 2040.

Da Erbschaften stark an Bedeutung gewinnen, ist auch ein steigendes Aufkommen aus Erbschaftssteuern zu erwarten. Dies könnte finanzielle Mittel bringen, die etwa im Pflegebereich dringend notwendig sind. Somit würde der demographische Wandel nicht nur für einen höheren Pflegebedarf sorgen, sondern auch gleich die Finanzierungsquelle dazu liefern. Eine sinnvoll gestaltete Erbschaftssteuer könnte heute zwischen 600 und 800 Mio. Euro pro Jahr einspielen, langfristig aufgrund des steigenden Erbvolumens sogar deutlich mehr.

„[Man kann] Erbschaften und Grundbesitz progressiver besteuern und dafür Einkommen entlasten.“

Thomas Piketty (Paris School of Economics)

Zum Weiterlesen:

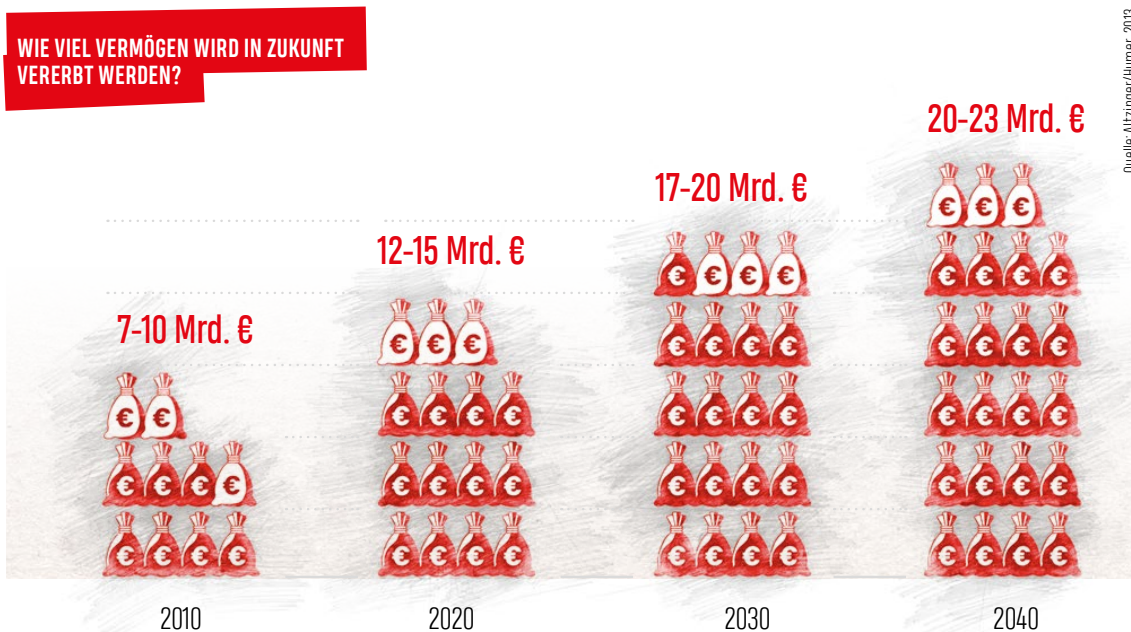
Altzinger, Wilfried/Humer, Stefan (2013): *Simulation des Aufkommens verschiedener Erbschaftsbesteuerungen*, Studie WU Wien.

Ferschli, Benjamin/Kapeller, Jakob/Schütz, Bernhard/Wildauer, Rafael (2017): *Bestände und Konzentration privater Vermögen in Österreich*, AK Working Paper No. 167, <http://bit.do/ako10>

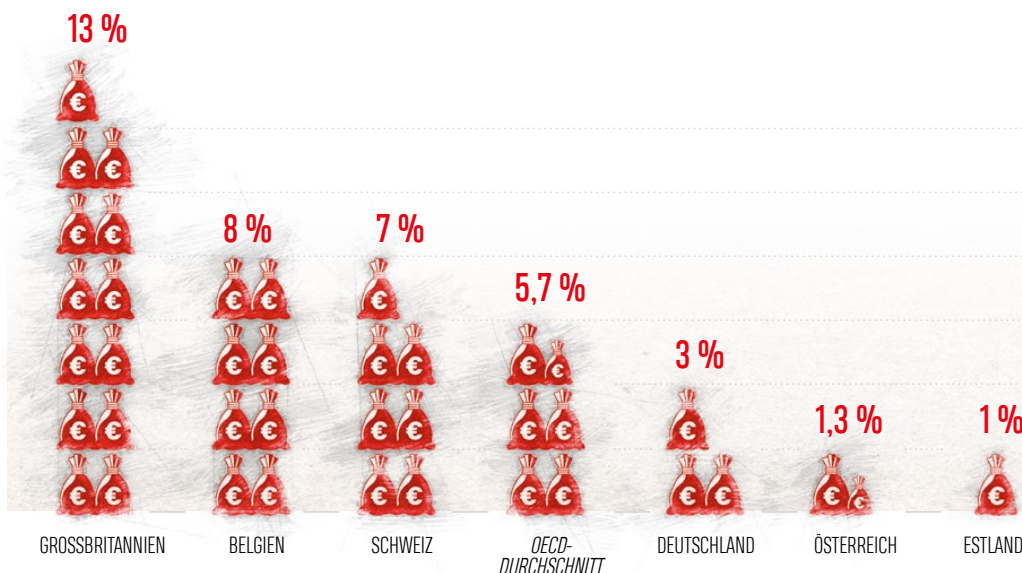
Linktipp: <http://www.binichreich.at/>

FAKTEN

- Erbschaftssteuern können selbst mit hohen Freibeträgen ein **Aufkommen in Milliardenhöhe einbringen** und gleichzeitig die Vermögenskonzentration eindämmen.
- Die **vier größten Erbschaften** sorgten im letzten Jahr der Erbschaftsteuer 2008 für rund **25 % des Erbschaftsteueraufkommens**.
- Erbschaften werden in den **nächsten Jahrzehnten zunehmend an Bedeutung gewinnen**. Dadurch steigt auch das finanzielle Potenzial einer Erbschaftsteuer, z. B. für die Finanzierung von Pflegedienstleistungen.



WELCHEN ANTEIL HABEN VERMÖGENSBEZOGENE STEUERN AM GESAMTEN STEUERAUFKOMMEN?



VERMÖGENSBEZOGENE STEUERN

WIEVIEL TRAGEN VERMÖGEN ZUM STEUERKUCHEN BEI?

Rückgang bei Vermögensbesteuerung

In Österreich wird seit 1995 keine Vermögenssteuer und seit 2008 keine Erbschaftssteuer mehr eingehoben. Mit deren Abschaffung fielen zwei wichtige Pfeiler der vermögensbezogenen Steuern weg. Diese politischen Entscheidungen reihen sich nahtlos in eine internationale Tendenz der geringeren Besteuerung von Vermögen ein. Während 1990 noch 12 OECD-Staaten Vermögenssteuern einhoben, waren es 2017 nur noch vier. Somit haben die Reichsten ihre Interessen in vielen Ländern

politisch durchgesetzt. Österreich schneidet im OECD-Vergleich bei vermögensbezogenen Steuern besonders schlecht ab. Nur in der Slowakei und Estland liefern Vermögen einen kleineren Beitrag zum Steuerekuchen als in Österreich. Mit 1,3 % des Steueraufkommens liegt Österreich bei den Einnahmen aus vermögensbezogenen Steuern weit unter dem OECD-Schnitt von 5,7 %. Auf den hintersten Plätzen in dieser Reihung verharret Österreich nun schon seit mehreren Jahren.

„Die jüngsten Entwicklungen in der Vermögensverteilung haben die Argumente für Vermögenssteuern verstärkt.“

OECD (2018)

Steuerlast verschiebt sich von Kapital zu Arbeit

Die Steuerlast hat sich in den letzten Jahrzehnten immer mehr von Kapital zum Faktor Arbeit verschoben. Steuern auf Arbeitseinkommen, inklusive Sozialversicherungsabgaben, machten zuletzt rund 64 % des Aufkommens aus, Vermögen nur 1,3 %. 1965 waren es noch gut 50 %, während Vermögen 4 % beitrugen. Die Verschiebung der Steuerlast ist vor dem Hintergrund der im selben Zeitraum deutlich gefallen Lohnquote noch dramatischer. Der Anteil von Löhnen am Volkseinkommen ist gegenüber den Unternehmensgewinnen in den letzten 50 Jahren kräftig zurückgegangen. Damit beruht die finanzielle Tragfähigkeit des Wohlfahrtsstaates immer mehr auf dem Faktor Arbeit, obwohl dessen Anteil am Volkseinkommen sinkt.

Vermögenskonzentration schadet der Demokratie

Warum ist ein höherer Beitrag von Vermögen zum Steuerkuchen wichtig? Es geht um die Verringerung der Vermögenskonzentration. Eine hohe Ungleichheit gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und hat negative Folgen auf die Demokratie. Die Finanzierung wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften wie Gesundheits- und Pflegeleistungen, Armutsbekämpfung, öffentliche Infrastruktur oder Bildungseinrichtungen erfordern einen fairen Beitrag der Reichsten. Denn auch sie profitieren von einem hohen Lebensstandard für die breite Bevölkerung und von sozialem Frieden. Die OECD empfiehlt daher vermögensbezogene

Steuern in jenen Ländern auszubauen, in denen hohe Vermögensungleichheit herrscht, Vermögensübertragungen gar nicht und Kapitaleinkommen nur proportional besteuert werden. Österreich ist dafür das Paradebeispiel, es fehlt allein der politische Wille.

Zum Weiterlesen:

OECD (2018): *The Role and Design of Net Wealth Taxes in the OECD*, OECD Tax Policy Studies No. 26, <http://bit.do/ako11>

Linktipp: www.verteilung.at

FAKTEN

- Beim Beitrag von vermögensbezogenen Steuern zum gesamten Steueraufkommen **liegt Österreich in der OECD an drittletzter Stelle**, nur knapp vor der Slowakei und Estland.
- Vermögensbezogene Steuern trugen 2016 in Österreich rund 1,3 % zum Steuerkuchen bei, **1965 waren es noch rund 4 %**.
- Die hohe Vermögenskonzentration in Österreich **erfordert eine Umverteilung durch das Steuersystem**, z. B. durch eine Besteuerung sehr hoher Vermögen und die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer.
- Ein Ziel einer stärkeren Besteuerung hoher Vermögen ist die steuerliche **Entlastung für den Faktor Arbeit**.

STEUERVERMEIDUNG

WIE KONZERNE UND REICHE DEN STAAT HINTERGEHEN

Von legal bis illegal

Steuervermeidung beschreibt das Ausnützen gesetzlicher Schlupflöcher in Steuersystemen mit dem Zweck, die Steuerpflicht zu umgehen. Multinationale Konzerne sowie wohlhabende Privatpersonen verschieben ihre Unternehmensgewinne und Einkommen in sogenannte Steueroasen oder besser: Steuersümpfe. Dort fallen deutlich geringere Steuern als in jenem Land an, in dem die Gewinne bzw. Einkommen tatsächlich erwirtschaftet wurden. Auf diese Weise entziehen sich Superreiche ihrer gesellschaftlichen Verantwortung, obwohl sie alle Rechte und Vorzüge ihres Wohnsitzlandes nutzen. Der Grat zwischen legaler Steuervermeidung und der illegalen Steuerhinterziehung ist schmal: Die rechtswidrige Form liegt dann vor, wenn Vermögen und Einkommen gegenüber den Finanzbehörden nicht vollständig deklariert werden.

Unternehmenssteuern sinken seit 30 Jahren

Im Kampf um die äußerst mobilen Unternehmensgewinne und Einkommen liefern sich manche Staaten und insbesondere Steuersümpfe ein

„Ungleichheit ist die große Sorge unserer Zeit. Warum also tolerieren wir habgierige, ungerechte Steueroasen?“

Gabriel Zucman (University of California, Berkeley)

Rennen um die niedrigsten Steuern. Ein internationales Forscherteam rund um den Ökonomen Gabriel Zucman belegt dies auch mit Zahlen. Diese zeigen, dass die durchschnittlichen Unternehmenssteuersätze zwischen 1985 und 2018 von 49 % auf 24 % gefallen sind. Diese verheerenden Entwicklungen führen zu einem drastischen Rückgang an Steuereinnahmen. Laut einem Bericht der EU-Kommission entgehen den Ländern der EU alleine durch Steuervermeidung jährlich rund 1.000 Mrd. Euro an Steuereinnahmen. Man könnte damit zehn Jahre lang sämtliche Schulen, Spitäler und alle Leistungen des österreichischen Sozialstaates finanzieren.

WO LIEGEN DIE GRÖSSTEN STEUERSÜMPFE DER WELT?



Gewinnen dort besteuern, wo sie anfallen

Man muss dieser Entwicklung aber nicht tatenlos zusehen. Neben einer länderbezogenen Finanzberichterstattung ist ein EU-weiter Mindestkörperschaftssteuersatz nötig. Ziel muss sein, Gewinne dort zu besteuern, wo sie erwirtschaftet werden und den Steuerwettbewerb nach unten zu beenden. Gesetze gegen die Steuersümpfe müssen einfacher durchgesetzt werden können, dazu braucht es einen Wechsel vom derzeit geltenden Einstimmigkeitsprinzip in Steuerfragen, hin zu dem bei den meisten EU-Themen gültigen Mehrstimmigkeitsprinzip. Außerdem gilt es strengere Straf- und Haftungsbestimmungen für all jene umzusetzen, die Dienstleistungen zur Steuervermeidung anbieten. Umgekehrt müssen Personen, die Steuerhinterziehungs- und Steuervermeidungspraktiken aufdecken geschützt, und nicht wie derzeit strafrechtlich verfolgt werden.

Zum Weiterlesen:

Süddeutsche Zeitung (2018): *Paradise Papers – Die Schattenwelt des großen Geldes*, <http://bit.do/ako12>

Tørsløv, Thomas/Wier, Ludvig/Zucman, Gabriel (2018): *The Missing Profits of Nations*, NBER Working Paper 24701.

Zucman, Gabriel (2014): *Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird*, Berlin: Suhrkamp Verlag.

Linktipp: www.diekriseverstehen.net

FAKTEN

- **Multinationale Konzerne und wohlhabende Einzelpersonen nutzen die Vorzüge ausgebauter Wohlfahrtsstaaten, in denen sie wirtschaftlich tätig sind, stehlen sich durch Steuervermeidung aber aus ihrer gesellschaftlichen Verantwortung.**
- **Der Wettlauf der Länder um die niedrigsten Unternehmenssteuersätze schadet der Allgemeinheit: Die durchschnittlichen Steuersätze fielen zwischen 1985 und 2018 von 49 % auf 24 %.**
- **Das bringt für viele Staaten erhebliche Verluste: Die EU Kommission spricht von einem EU-weiten Verlust von 1.000 Mrd. Euro jährlich.**

WARUM IST DAS ÖFFENTLICHE VERMÖGEN SO WICHTIG?

Was ist öffentliches Vermögen?

Das öffentliche Vermögen setzt sich aus öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Spitälern und anderen Gebäuden, Verkehrswegen, öffentlichen Transportmitteln, Grundstücken, Seen, Wäldern, Kunstgegenständen und vielem mehr zusammen. Wie bei anderen Haushalten auch, muss beim Staat der Schuldenstand dem Vermögen gegenübergestellt werden, um eine ausgewogene Perspektive zu wahren.

Öffentliches Vermögen ist noch ungenauer erfasst als privates Vermögen. In Österreich gibt es daher nur Schätzungen, wie hoch dieses ist. Dabei wäre eine genaue Erfassung von großer Bedeutung, unter anderem um einzuschätzen, welches Vermögen im Falle einer Privatisierung der Allgemeinheit entzogen wird bzw. in welcher Relation der Verkaufspreis dazu steht. Aktuelle Schätzungen gehen von einem öffentlichen Vermögen von mehr als 400 Mrd. Euro aus.

Öffentliches Vermögen ist gesunken

In den letzten Jahrzehnten ist das öffentliche Nettovermögen (Saldo aus Vermögen und Schulden) in vielen europäischen Ländern allerdings gesunken, während das Privatvermögen gestiegen ist. In Deutschland und Frankreich ist es nur mehr leicht positiv. Der Hauptgrund liegt im Rückbau der Staatsaufgaben in den letzten Jahrzehnten: Staatsbeteiligungen ebenso wie Investitionen in den Wohlfahrtsstaat (etwa sozialer Wohnbau)

wurden zurückgefahren oder gar privatisiert. Die Länder haben dadurch weniger Spielraum zur Regulierung der Wirtschaft, zur Umverteilung von Einkommen und zur Bekämpfung der wachsenden Ungleichheit.

Öffentliches Vermögen ist unser Vermögen

Besonders wichtig ist das öffentliche Vermögen für all jene Menschen, die nicht ihr Geld für sich arbeiten lassen können. Ein öffentliches Gesundheits-, Bildungs- und Pensionssystem, öffentlichen Wohnbau und öffentlichen Verkehr brauchen all jene, die nicht auf die Butterseite des Lebens gefallen sind. Das öffentliche Vermögen ermöglicht einen hohen Lebensstandard für alle Menschen. In absoluten Zahlen verdoppelt das öffentliche Vermögen sogar das Privatvermögen der „unteren“ 90 %. Eine progressive Wirtschaftspolitik muss daher in das Vermögen des Sozialstaats investieren.

„Das öffentliche Vermögen und damit die gesamte Bevölkerung und Gesellschaft zu stärken ist das nobelste Ziel einer emanzipatorischen Wirtschaftspolitik.“

Markus Marterbauer (AK Wien)

Zum Weiterlesen:

Alvaredo, Facundo/Chancel, Lucas/Piketty, Thomas/Saez, Emmanuel/Zucman, Gabriel (2018):

Bericht zur weltweiten Ungleichheit. Kurzfassung, World Inequality Lab, <http://bit.do/ak013>

Feigl, Georg (2017): Öffentliche Vermögen – abseits der Schuldenparanoia, A&W Blog, 12. September, <http://bit.do/ak014>

Marterbauer, Markus (2018): Die Schulden sinken.

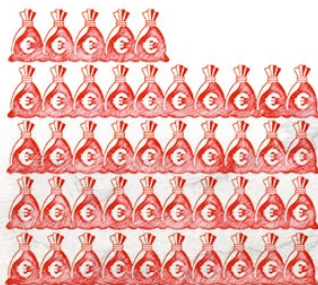
Was jetzt? A&W Blog, 1. Februar, <http://bit.do/ak015>

Linktipp: www.stopausterity.eu

FAKTEN

- Das öffentliche Vermögen steht den öffentlichen Schulden gegenüber. Es besteht aus **öffentlicher Infrastruktur wie Schulen, Spitälern, öffentlichen Verkehrswegen, Straßen, dem öffentlichen Wohnbau** sowie aus Finanzmitteln und Unternehmensbeteiligungen.
- Die Höhe des öffentlichen Bruttovermögens (nicht mit Schulden gegengerechnet) beträgt **in Österreich über 400 Mrd. Euro**.
- Öffentliches Vermögen kommt der Allgemeinheit zugute. Es „verdoppelt“ das Privatvermögen der unteren 90 %.

ÖFFENTLICHES VERMÖGEN UND PRIVATES VERMÖGEN DER UNTEREN 90%



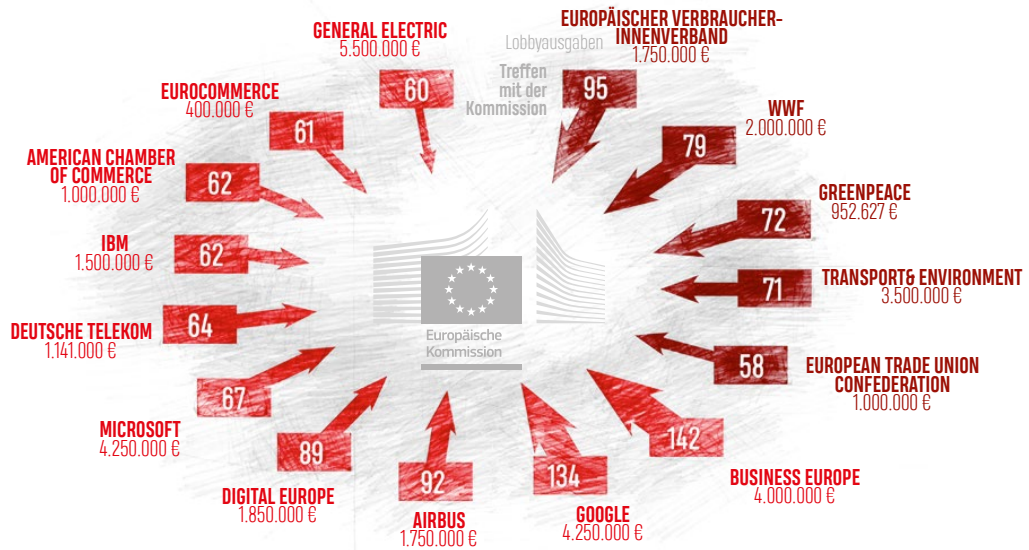
DIE UNTEREN 90 % DER BE-
VÖLKERUNG BESITZEN 450 MRD.
PRIVATVERMÖGEN



DAZU KOMMEN 400 MRD.
AN ÖFFENTLICHEM VERMÖGEN

Quelle: Marterbauer, 2018

ORGANISATIONEN/UNTERNEHMEN MIT DEN MEISTEN LOBBYTREFFEN AUF HOHER KOMMISSIONSEBENE



Quelle: Ey/Wagner, 2017

VERMÖGENSKONZENTRATION UND MACHT

WELCHEN EINFLUSS HAT VERMÖGEN AUF DIE POLITIK?

Die demokratiepolitischen Konsequenzen großer (Vermögens-)Ungleichheit stehen schon seit vielen Jahren im Zentrum politischer und wissenschaftlicher Diskussionen. Wie Anthony Atkinson einer der bedeutendsten Ungleichheitsforscher unserer Zeit schreibt, ist die Zunahme sozialer Ungleichheit eine Folge der Verschiebung der Machtbalance zwischen Arbeit und Kapital. Gleichzeitig verstärkt die soziale Ungleichheit diese Machtasymmetrie aber auch weiter. Zunehmende soziale Ungleichheit führt zu Ungleichheit bei der politischen Mitsprache: Mit einem höheren sozialen Status steigen

sowohl die Chancen sich politisch einbringen zu können, als auch die Chancen mit den eigenen Anliegen gehört zu werden. Das heißt: Je weiter oben man sich auf der sozialen Skala befindet, desto eher ist man in der Lage, die politische Agenda zu beeinflussen. Elisabeth Jacobs, eine amerikanische Wissenschaftlerin, zeigt etwa am Beispiel des Abstimmungsverhaltens des US-Senats, dass sich die politischen Positionen der Kapitalseite eher in den beschlossenen politischen Maßnahmen wiederfinden als die Forderungen von ArbeitnehmerInnen bzw. aus der Zivilgesellschaft.

Machtfaktor Vermögen

Das liegt unter anderem an den engen, teilweise auch persönlichen Verflechtungen zwischen Großkonzernen, Unternehmensverbänden und ihren BeraterInnen auf der einen Seite sowie politischen EntscheidungsträgerInnen auf der anderen Seite. Es kommt auch immer wieder zu beruflichen Seitenwechseln von politischen EntscheidungsträgerInnen hin zu lukrativen Jobs in der Privatwirtschaft und umgekehrt (sogenannter „Drehtüreffekt“). Zudem hat die Kapitalseite auch deutlich mehr finanzielle Mittel, um ihren Anliegen politisches Gehör zu verschaffen. (Privates) Vermögen ist damit eine Ressource, die zur Machtausübung eingesetzt werden kann. Die Europäische Union ist ein gutes Beispiel dafür: Hier wird Lobbying vor allem von Unternehmen betrieben. Laut Angaben der EU-Kommission fanden drei Viertel der Treffen mit LobbyistInnen mit VertreterInnen der Unternehmensseite statt. Am meisten finanzielle Mittel für Lobbying gaben die großen US-Konzerne General Electric, Google sowie Microsoft aus.

Zeitalter der Postdemokratie

Der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch argumentiert, dass durch die enge Verflechtung von Politik und Wirtschaft die Demokratie Schaden genommen hat. Er nennt diese Entwicklungen das Zeitalter der Postdemokratie, indem die Demokratie zwar formal und rechtlich abgesichert, aber real stark geschwächt ist, da die relevanten Entscheidungen nicht mehr von demokratisch legitimierten politischen VertreterInnen, sondern von einer kleinen politischen bzw. wirtschaftlichen Elite gefällt werden. Der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz bezeichnet die Frage nach dem Erhalt der Demokratie daher auch als die Hauptfrage des 21. Jahrhunderts. Die Reduktion der Ungleichheit bei den Vermögen wäre dafür ein erster wichtiger Schritt.

Zum Weiterlesen:

Atkinson, Anthony (2016): *Ungleichheit, Was wir dagegen tun können*, Stuttgart: Klett-Cotta.

Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag.

„Die Hauptfrage heute dreht sich nicht um das Kapital im 21. Jahrhundert. Vielmehr geht es um die Demokratie des 21. Jahrhunderts.“

Joseph E. Stiglitz (Columbia University)

Ey, Frank/Wagner, Alice (2017): *Wer das Geld hat, macht die Gesetze. Zur Übermacht der Großkonzerne in der EU und den (bislang) zu kurz greifenden Regulierungsschritten*, In: Dimmel, Nikolaus/Hofmann, Julia/Schenk, Martin/Schürz, Martin (Hrsg.): *Handbuch Reichtum, Neue Erkenntnisse aus der Ungleichheitsforschung*, Innsbruck: Studienverlag, 348-363.

Jacobs, Elisabeth (2017): *Everywhere and Nowhere: Politics in Capital in the Twenty-First Century*. In: Boushey, Heather/DeLong, J. Bradford/Steinbaum, Marshall (Hrsg.): *After Piketty. The Agenda for Economics and Inequality*, London: Harvard University Press, 512-542.

Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2015): *Vermögenskonzentration und Macht, Der blinde Fleck der Mainstream-Ökonomie*, In: *Kurswechsel* 2/2015, 69-79.

Stiglitz, Joseph (2014): *Das Kapital der Demokratie im 21. Jahrhundert. Kommentar der Anderen*,

<http://bit.do/ako16>

Linktipp: www.reichtumsmythen.at

FAKTEN

- Je weiter oben man sich auf der Vermögensskala befindet, **desto eher ist man in der Lage die politische Agenda zu beeinflussen**.
- Das liegt **an engen, persönlichen Verflechtungen zwischen Großkonzernen, Unternehmensverbänden und ihren BeraterInnen** sowie politischen EntscheidungsträgerInnen. Außerdem verfügt die Kapitalseite über viel mehr finanzielle Mittel, um ihren Anliegen politisches Gehör zu verschaffen.
- Am Beispiel der EU zeigt sich das besonders deutlich: Rund **drei Viertel aller Termine** auf höchster Kommissionsebene sind mit LobbyistInnen auf Unternehmenseite.

STEUERGERECHTIGKEIT

UNGLEICHHEIT BETRIFFT UNS ALLE!

12

Dass Vermögen in Österreich höchst ungleich verteilt ist und nur ganz wenige die Chance haben reich zu werden, ist wissenschaftlich belegt. Trotz dieser Erkenntnisse und den laufenden politischen Auseinandersetzungen hat sich an der deutlichen Schieflage in der Vermögensverteilung bislang kaum etwas verändert. Der wohl wichtigste Grund liegt in den gegenwärtigen politischen und ökonomischen Machtverhältnissen, die eine Politik im Interesse der Vermögenden begünstigen. Aber wie sieht es bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung aus? Wie steht sie zu der zunehmenden Ungleichheit und ihren Folgen? Kann eine fortschrittliche Politik an den Einstellungen in der Bevölkerung anknüpfen oder sind hier keine Mehrheiten zu finden?

Konsens: Soziale Ungleichheit wächst

Doch, es gibt diese Mehrheiten! Wie Daten der Oesterreichischen Nationalbank zeigen, ist die Kritik an den gesellschaftlichen Folgen von „zu großem Reichtum“ in der österreichischen Bevölkerung sehr hoch: Fast 70 % der ÖsterreicherInnen stimmen der Aussage „Reiche Menschen genießen im Leben Vorteile, die ungerechtfertigt sind“ zu. Ähnlich viele bejahen die Aussage, dass „zu großer Reichtum einiger weniger zu Problemen in der Gesellschaft führen wird“. Auch dass „niemand bessere Möglichkeiten im Leben haben sollte, nur weil er/sie viel geerbt hat“ erfährt breite Unterstützung. Es gibt seit Jahrzehnten in verschiedenen sozialwissenschaftlichen Erhebungen einen stabilen Konsens in der österrei-

chischen Bevölkerung, dass die soziale Ungleichheit weiter wächst und schädlich für die gesellschaftliche Entwicklung ist.

Demgegenüber sind die Einstellungen zu Maßnahmen für weniger Ungleichheit, wie der Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern, schwankend und abhängig von tagesaktuellen Debatten. Mal gibt es knappe, mal deutliche Mehrheiten, mal eher Minderheiten.

Viele Umfragen zeigen, dass insbesondere bei Vermögenssteuern eine Mehrheit in der Bevölkerung durch eine konsequente öffentliche Debatte in Reichweite ist. Bei den Erbschaftssteuern sind die ÖsterreicherInnen in der Regel etwas zurückhaltender eingestellt. Das liegt auch daran, dass viele Menschen das Gefühl haben, möglicherweise selbst von einer Einführung betroffen zu sein. Obwohl bei den aktuell diskutierten Freibeträgen nur etwa 5 % der Erbschaften überhaupt betroffen wären. Erbschaftssteuern sind auch oft mit dem sehr emotionalen Ver-

***„Gegenhegemonie aufbauen
(meint auch) Auseinander-
setzungen in einer breiteren
Öffentlichkeit (und) Kämpfe
gegen Kapital- und Unter-
nehmensmacht führen.“***

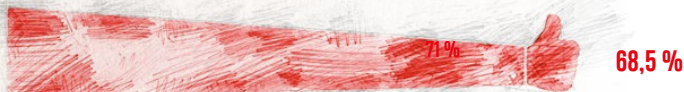
Ulrich Brand (Universität Wien)

WIE DENKT DIE ÖSTERREICHISCHE BEVÖLKERUNG ÜBER VERMÖGENSUNGLEICHHEIT?

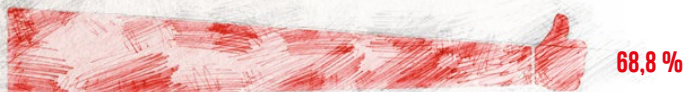
„Niemand sollte bessere Möglichkeiten im Leben haben, nur weil er / sie viel geerbt hat“



„Zu großer Reichtum einiger weniger führt zu Problemen in der Gesellschaft“



„Reiche Menschen genießen im Leben Vorteile, die ungerechtfertigt sind“



Quelle: Weiss/Hofmann, 2016

lust eines geliebten Menschen verbunden, was eine faktenbasierte und sachliche Diskussion erschwert.

Mehrheit durch Aufklärung

Um hier klare politische Mehrheiten zu erreichen, braucht es Transparenz und Aufklärung über die konkrete Ausgestaltung von Erbschafts- und Vermögenssteuern. Denkt man an die breite Kritik an den gesellschaftlichen Folgen sozialer Ungleichheit ist es klar, dass Mehrheiten erreicht werden können. Eine demokratische Mehrheit kommt aber nicht von selbst! Dafür gilt es über die konkreten Ungleichheitsverhältnisse weiter zu informieren und eine stetige politische Debatte zu diesen Themen zu führen. Es gilt, sich in dieser entscheidenden Fragen aber auch gegen die Interessen einer kleinen Elite der reichsten 5 % durchzusetzen. Denn die Einführung von Vermögens- und Erbschaftssteuern wäre ein wichtiger Schritt in Richtung mehr Gleichheit und Gerechtigkeit!

Zum Weiterlesen:

Hofmann, Julia (2016): Ist Reichtum schlecht für die Gesellschaft?, <http://bit.do/ako17>

Melchior, Josef (2015): Gerechtigkeitsurteile und Reichtum in Österreich, <http://bit.do/ako18>

Rehm, Miriam/Schnetzer, Matthias (2018): Klare Mehrheit für eine Vermögenssteuer – kleine Elite dagegen, <http://bit.do/ako19>

Weiss, Hilde/Hofmann, Julia (2016): Reichtum – Legitimation und Kritik. Der Einfluss von Klassenlagen, Vermögen und subjektiven Einschätzungen auf Einstellungen zum Reichtum in Österreich, <http://bit.do/ako20>

FAKTEN

- Die **österreichische Bevölkerung** kritisiert die gesellschaftlichen Folgen von „zu großem Reichtum“ und der **Reichtumskonzentration**.
- Viele Umfragen zeigen **breite Mehrheiten für Vermögens- und Erbschaftssteuern** gegen die steigende Vermögenskonzentration.
- Mehr **Transparenz bei den Vermögen** bringt die notwendige gesellschaftliche Debatte über die **negativen Folgen der Vermögenskonzentration** in Gang.

FORDERUNGEN

EINE POLITIK FÜR DIE VIELEN, NICHT DIE WENIGEN

In gleicheren Gesellschaften leben alle Menschen besser. Ungleichheiten abzubauen heißt also die Lebensqualität zu verbessern. Dieses Ziel kann über eine breite Palette an Maßnahmen erreicht werden.



VERMÖGEN BESTEUERN: Eine Steuer auf hohe Vermögen ist notwendig, um die wachsende Ungleichheit zu stoppen und für eine gerechtere Verteilung des materiellen Wohlstands zu sorgen. Die Umverteilung durch eine Vermögenssteuer in Kombination mit dem Ausbau sozialstaatlicher Leistungen trägt zudem zur Gleichstellung der Geschlechter bei.



VERMÖGENSEINKOMMEN STÄRKER BESTEUERN: Die meisten leistungslosen Vermögenseinkommen sind steuerlich deutlich bessergestellt als Arbeitseinkommen. Die Einführung einer progressiven Besteuerung für Vermögenseinkommen bringt mehr Gerechtigkeit für arbeitende Menschen.



HOHE ERBSCHAFTEN BESTEUERN: Durch die Vererbung großer Vermögen wird die Ungleichheit über Generationen hinweg einzementiert. Erbschafts- und Schenkungssteuern wirken dem entgegen und sind gleichzeitig eine Finanzierungsquelle für einen Wohlfahrtsstaat, der allen Menschen nutzt.



MANAGERINNENGEHÄLTER BEGRENZEN: Das Verhältnis zwischen Löhnen und ManagerInnengehältern wird immer ungleicher. Es braucht Höchstgrenzen für die Vergütung von ManagerInnen und eine angemessene Relation zwischen Vorstandsvergütung und Einkommen der Belegschaft.



WOHLFahrtsSTAAT AUSBAUEN: Ein gut ausgebauter Wohlfahrtsstaat schafft mehr Chancen für alle Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen und unabhängig von ihrem Vermögen. Der Wohlfahrtsstaat ist das Vermögen der breiten Masse der Bevölkerung, das durch eine größere Beteiligung von Vermögenden an seiner Finanzierung gestärkt wird.



ÖFFENTLICHES VERMÖGEN STÄRKEN: Das öffentliche Vermögen (z. B. Schulen, Spitäler, öffentlicher Verkehr, Wohnbau, Unternehmen) kommt der Allgemeinheit zugute. Eine fortschrittliche Wirtschaftspolitik muss daher in das Vermögen des Sozialstaats investieren und es ausbauen. Eine mögliche Form der Organisation öffentlichen Vermögens ist ein Staatsfonds, der unter gesellschaftlicher Mitbestimmung geführt wird.



Einfluss von Geld und Vermögen auf politische Entscheidungen zurückdrängen: Geld und soziale Netzwerke der Reichen dürfen nicht über unsere Demokratie bestimmen. Neben einer Reduktion der ökonomischen Ungleichheit sind klare Regeln und mehr Transparenz bei der politischen Einflussnahme der Vermögenden notwendig. Die demokratische Mitbestimmung der Vielen muss gegen die politische Einflussnahme der Wenigen verteidigt werden.



Unsere Forderungen politisch mehrheitsfähig machen: Die politischen und ökonomischen Machtverhältnisse müssen verändert werden. Es ist unsere Aufgabe, die breit geteilte Überzeugung und die empirischen Fakten stärker in die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu tragen: Große ökonomische und soziale Ungleichheit ist schlecht für die Gesellschaft.



*Bei Ungleichheit
zieht es uns
die Schuhe aus*

WWW.VERTEILUNG.AT

*Marie Jahoda – Otto Bauer Institut.
Verein zur Förderung des Dialoges von Wissenschaft und Politik.*





1980

erdyke, who followed i
nties commission table con
b Two years ago, U.S

THE

st

Next morning,

day of marri

remove the

or this privile

if not before th

other,

new, t

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to

to